

Tettnang/Anhang II:

15 Leitsätze für ein AfD-Programm¹ von Wolfgang Gedeon [25.6.2014]

Alternative als politisches Leitmotiv bedeutet für uns nicht, dass wir unsere ganze Alternativität in der Euro-Frage austoben resp. „kanalisieren“. Vielmehr sehen wir die Mainstream-Politik insgesamt in einer Sackgasse und suchen deshalb bei allen großen gesellschaftlichen und politischen Problemen grundsätzliche Alternativen.

Außen- und Europapolitik

1. Wir wollen weniger USA und mehr Europa, nicht zuletzt im Hinblick auf eine gemeinsame Verteidigungsorganisation. D.h. wir wollen mittelfristig² eine rein europäische „NATO“, eine NATO ohne die USA!
2. Gemäß dem führenden US-Geostrategen Z. Brzezinski ist eine der drei größten Gefahren für die amerikanische Außenpolitik, dass es zu einer stärkeren Kooperation oder gar zu einem Bündnis zwischen Europa und Russland kommen könnte. Wenn sich also Deutschland und Russland in einem neuen Kalten Krieg über eine eskalierende Sanktionsspirale gegenseitig schädigen und zerfleischen würden, wäre dies ein ideales Szenario für die US-amerikanische Geopolitik.³
3. Wir wollen weniger Brüssel und mehr Deutschland. Deswegen ist für uns der entscheidende Begriff in der Europapolitik nicht *Subsidiarität*, sondern *Souveränität*. Das nationale Parlament, bei uns der Bundestag, ist und bleibt der Träger *originärer* (= ursprünglicher) Souveränität. Die europäischen Institutionen inklusive des europäischen „Parlaments“ haben dagegen nur eine *derivative* (= abgeleitete)

¹ = Erweiterung meiner *Alternativen Leitlinien* vom 12. 4. 2014;
bitte den Text erst einmal ohne Fußnoten lesen!

² Es sollte tiefster Sinn einer europäischen Vereinigung resp. Union sein, geopolitisch selbständig zu werden: ein eigenständiger, souveräner *global player*! Das würde im Wesentlichen eine politische, wirtschaftliche, kulturelle und militärische Emanzipation Europas von den USA bedeuten, die ihren deutlichsten Ausdruck in einer eigenständigen europäischen Verteidigungsgemeinschaft fände. Eine solche Emanzipation werden freilich nicht sofort alle europäischen Staaten mitmachen -- auch hier ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“! Am längsten wird es mutmaßlich bei gewissen osteuropäischen Staaten dauern, die erst noch verstehen müssen: 1989 hat ein gewaltiger geopolitischer Umbruch stattgefunden, der eine grundsätzliche Neuorientierung aller europäischer Staaten gerade im Hinblick auf ihr Verhältnis zu den USA einerseits und zu Russland andererseits erfordert.

³ Brzezinski war übrigens trotz seines hohen Alters (86 Jahre) einer der führenden Redner und Diskussionsteilnehmer auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2014, auf der der präsidentale Scharfmacher J. Gauck dann verkündete, gerade die deutsche Politik müsse jetzt „schneller, entschiedener und substantieller“ intervenieren. Es heißt, die USA und die EU würden durch die Ukraine-Krim-Krise wieder zusammenwachsen und die NATO bekäme wieder einen Sinn. Wenn es also den Maidan in Kiew nicht gegeben hätte, hätte man ihn sozusagen erfinden müssen! Vielleicht hat ihn ja auch jemand erfunden -- die Frage ist nur: wer?
Im Übrigen: Guantanamo, Waterboarding, tausende unschuldige Drohnen-tote, völkerrechtswidrige Kosovo-Abspaltung, 150 000 Tote durch Irakkrieg usw. -- westliche Politiker sehen den Splitter im Auge Putins, den Balken im eigenen Auge sehen sie nicht.

Souveränität, das heißt eine Souveränität, die ihnen reversibel von den nationalen Parlamenten übertragen und jederzeit wieder entzogen werden kann.

Wirtschaft und Soziales

4. Die sog. vier großen „Freiheiten“ (freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Menschen = „Humankapital“) sind nicht Ausdruck einer höchst entwickelten Demokratie, sondern Ausdruck eines extremistischen Wirtschaftsliberalismus. Wir lehnen diese Prinzipien nicht ab, handhaben sie aber nicht ideologisch, sondern pragmatisch. Das heißt: Wenn wir feststellen, dass humane Freizügigkeit in Europa mehr Schaden als Nutzen verursacht (organisierte Kriminalität, Bandendiebstahl, Sozialmissbrauch, Drogen und Menschenhandel), behalten wir uns vor, diese Freizügigkeit im notwendigen Maß auch wieder einzuschränken!

5. Soziale Gerechtigkeit ist für uns ein hoher Wert. Wir verstehen darunter allerdings nicht nur eine Verteilungsgerechtigkeit, sondern in gleicher Weise auch eine Leistungsgerechtigkeit. Die sozialistische Zeitgeistformel „arm = gut, reich = böse“, die inzwischen durch verschiedene Kirchen auch theologisch eingepackt daherkommt, lehnen wir ab. Reichtum ist weder gut noch schlecht. Es kommt darauf an, wie er zustande gekommen ist und was man aus ihm macht!. Ähnliches gilt für die Armut. Soziale Marktwirtschaft, wie *wir* sie uns vorstellen, bedeutet einen harmonischen Ausgleich zwischen Leistungs- und Verteilungsgerechtigkeit.

6. Dass heute weltweit die Schere zwischen Arm und Reich in dramatischer Weise auseinandergeht, liegt im Wesentlichen am Börsensystem, von vielen zu Recht als „Kasinkapitalismus“ bezeichnet. Dieser bedeutet zum einen, dass durch Devisenspekulationen laufend Geld generiert wird, ohne dass dadurch irgendwelche Realwerte geschaffen würden (rein virtuelles Geld!); zum anderen, dass die Finanzwirtschaft der Realwirtschaft nicht nur nicht dient, sondern sie vollständig dominiert. Im Gegensatz dazu wollen wir eine *Soziale Marktwirtschaft*, was für uns bedeutet:

- Dominanz der Realwirtschaft über die Finanzwirtschaft (Einschränkung ggfs. durch politische Intervention, zum Beispiel weltweite, nichtregionale Finanztransaktionssteuer)
- innerhalb der Realwirtschaft eine ausgewogene Balance zwischen mittelständischer und Großindustrie;
- einen politischen Ausgleich wirtschaftlich generierter Armut durch staatliche Sozialtransfers.

Familienpolitik

7. Statt einer zum Teil wahnwitzigen Gender-Ideologie zu frönen, wollen wir geistig und materiell so viel wie möglich in Familien- und Kinderpolitik investieren. Die klassische Familie, ein hohes und nicht leicht zu verwirklichendes Ideal, ist immer noch der beste Rahmen für die Entwicklung unserer Kinder. Staatlich-kollektive und professionalisierte Einrichtungen zur Kinderbetreuung müssen in *ergänzender* und *aus helfender* Funktion vorgehalten werden.

8. Abtreibung gilt uns nicht als Menschenrecht, sondern als medizinische Maßnahme in einer Notsituation. Als quasi erweiterte Konzeptionsverhütung, wie das die horrend

hohen Abtreibungszahlen bei uns vermuten lassen, lehnen wir sie ab und betrachten sie als Verstoß gegen das Menschenrecht auf Leben.

Minderheiten, Zuwanderung, Islam, Leitkultur

9. Wir tolerieren Homosexualität, propagieren sie aber nicht, vor allem nicht gegenüber jungen Menschen (in Schulen etc.). Den Begriff *Homophobie*, durch den Homosexualität als normale Sexualität und die Ablehnung von Homosexualität als psychopathologische Störung gesehen wird, betrachten wir als Kampfbegriff rot-grüner Propaganda und verwenden ihn nicht.

10. Wir wollen weniger Zuwanderung und mehr Rückbesinnung auf nationale Identität. Es ist hoch an der Zeit, nicht immer nur die Wertschätzung des Fremden, sondern gerade auch die Wertschätzung des Eigenen, d.h. der eigenen Kultur und Tradition, wieder herauszustellen.

11. Wir wollen keine ungesteuerte, sondern eine quantitativ und qualitativ gesteuerte Zuwanderung; quantitativ durch plebiszitär festgelegte Quoten, qualitativ durch klar formulierte Aufnahmekriterien, von "körperlicher Gesundheit" bis hin zu „kultureller Kompatibilität“, was zum Beispiel konkret heißt: Zuwanderer mit christlichem Kulturhintergrund sind gegenüber anderen zu bevorzugen.

12. Auch der Begriff *Antidiskriminierung* ist zu einem Kampfbegriff rot-grüner Politik verkommen. Über einen aggressiven Minderheitenlobbyismus werden zunehmend die Rechte der Mehrheitsbevölkerung beschnitten. Demokratie bedeutet aber erst einmal die durch freie Wahlen herbeigeführte Herrschaft der *Mehrheit*. Bei allem Respekt vor den Rechten von Minderheiten setzt sich die AfD deswegen vor allem für die Rechte der Mehrheit, d.h. der Mehrheitsbevölkerung ein.⁴

13. Die Ankündigungen von Erdogan und anderen islamischen Fundamentalisten, Europa „türkisieren“ und „islamischer“ machen zu wollen, nehmen wir, inklusive der entsprechenden Aktivitäten der DITIB, sehr ernst und betrachten den politischen Islamismus als große innen- und auch außenpolitische Herausforderung.

14. Wenn in einer Klasse von 30 Schülern 29 nichts dagegen haben, dass ein Kreuzifix an der Wand hängt, *einer* aber, sei er Moslem, sei er Laizist, es abhängen will, wird es nach derzeitiger Gesetzeslage abgehängt. Aus unserer Sicht sorgt diese Rechtspraxis in Deutschland nicht für „mehr religiöse Neutralität“ oder gar „mehr religiöse Freiheit“ an unseren Schulen, sondern allenfalls für mehr Laizismus und Atheismus!

15. Wir wollen im öffentlichen Raum wieder mehr Christentum und weniger Laizismus und Islam! Das Christentum ist die Religion, der Europa das Meiste verdankt, nämlich sein Wesen: Europa, so Goethe, sei von Wallfahrern gegründet worden und das Christentum seine Muttersprache. Haben wir den Mut, auch politisch wieder mehr in unserer Muttersprache zu sprechen!

⁴ Im Gegensatz zur Mainstream-Meinung in den Medien dürften rassistisch-antideutsche Einstellungen bei Ausländern mindestens genauso verbreitet sein wie umgekehrt rassistisch-ausländerfeindliche bei Deutschen. Deswegen muss die extrem einseitige Ausrichtung der offiziellen Politik in dieser Frage korrigiert werden.